

Nun wird über die Umsetzung gestritten



Seine Abgangsentschädigung hat massgeblich den Ausgang der Abstimmung über die Abzockerinitiative beeinflusst: Daniel Vasella an der diesjährigen Novartis-GV.

Freshfocus/Valeriano di Domenico

ABZOCKERINITIATIVE Nach dem Stimmvolk sind der Bundesrat und das Parlament am Zug. Sie müssen aufzeigen, wie sich die Abzockerinitiative umsetzen lässt. Dies wird nicht immer einfach.

EVELINE RUTZ
eveline.rutz@luzernerzeitung.ch

Das Signal des Stimmvolkes ist überaus deutlich. Dass die Abzockerinitiative nun möglichst buchstabengetreu umgesetzt werden soll, steht daher auch für die Verlierer fest. «Jetzt gibt es kein Wenn und Aber mehr», sagt **Ständerat Pirmin Bischof** (CVP, Solothurn). Eine weitere Verzögerung liege nicht drin, so der Wirtschaftsexperte der CVP.

FDP-Fraktionschefin Gabi Huber (Uri) erwartet vom Bundesrat, dass er rasch eine Botschaft vorlegt. Dabei räumt sie ihm aber einen gewissen Ermessensspielraum ein, lege die Initiative doch bloss Grundsätze fest. «Die Verfügungsmacht liegt nach dem Entscheid des Souveräns nicht mehr bei den Initianten», so die Urnerin. Es werde nun ein neues Kapitel aufgeschla-

gen. Huber hält denn auch nichts davon, wie bei früheren Volksbegehren eine Arbeitsgruppe einzusetzen: «Die Richtschnur ist der Verfassungstext.»

Das Fundament ist da

Der Bundesrat hat gemäss der Initiative 12 Monate lang Zeit, um Ausführungsbestimmungen zu erlassen. Gleichzeitig muss sich das Parlament an die Umsetzung auf Gesetzesstufe machen. «80 Prozent haben wir bereits geklärt», sagt **Andrea Caroni** (FDP, Appenzell-Ausserrhodon) und spricht damit den indirekten Gegenvorschlag an. Dieser biete eine gute Grundlage für die parlamentarische Arbeit. Wie sich der Stimmzwang für die Pensionskassen umsetzen lässt, dürfte noch viel zu reden geben. «Da braucht es eine praxistaugliche Lösung», sagt **BDP-Parteichef Martin Landolt** (Glarus). Er fordert

Ausnahmen für kleine Vorsorgeeinrichtungen oder zumindest Übergangsbestimmungen. Diskussionsbedarf besteht zudem bei den Strafbestimmungen. «Sie müssen klar ausformuliert werden», sagt Caroni. Der **Zuger SVP-Nationalrat Thomas Aeschi** fordert in einer Motion, dass die freie Pensionskassenwahl bei der Umsetzung der Abzockerinitiative garantiert werden müsse. Versicherte müssten bei Unzufriedenheit die Möglichkeit haben, ihre Anlagevermögen zu einer anderen Kasse transferieren zu können.

Eindeutig formuliert sind hingegen die Forderungen, welche die Geschäftsleitung betreffen. Diese soll künftig jährlich gewählt werden; ihre Saläre müssen bindend festgelegt werden. Eins zu eins übernehmen lässt sich das Verbot für An- und Abgangsentschädigungen. Nach Vasellas Abgang werden die Linken indes darauf pochen, dass darunter auch ein Konkurrenzverbot fällt. **Daniel Vischer** (Grüne, Zürich) will zusätzliche Punkte des Gegenvorschlags übernehmen. Beispiele sind das Vergütungsreglement sowie die Rückforderungsklage. Als Ständerat und Mitglied der Rechtskommission wird **Tho-**

mas Minder in den Gesetzgebungsprozess direkt eingebunden sein. «Ein grosser Pluspunkt», wie **Lukas Reimann** (SVP, St. Gallen) findet, der für ein Ja gewiebelt hat. Der Idee, auf dem Gegenvorschlag aufzubauen, kann er nichts abgewinnen. Immerhin sei dieser gerade abgelehnt worden.

Neue Begehrlichkeiten

Dass die Umsetzung das Parlament noch stark beschäftigen wird, machte die SP bereits letzte Woche klar. Noch bevor das Abstimmungsergebnis vorlag, stellte sie weitere Forderungen. Um dem Titel der Initiative Rechnung zu tragen, will sie etwa die Boni-Steuer reaktivieren. «Das kommt überhaupt nicht in Frage», sagt FDP-Fraktionspräsidentin Huber.

Und auch Economiesuisse-Kommunikationschefin **Ursula Fraefel** stellt klar: «Es ist nicht legitim, das Abstimmungsergebnis zu überinterpretieren.» Nicht einmal bei der CVP, welche die Boni-Steuer einst in die Debatte einbrachte, kommt die Idee gut an. «Dafür ist jetzt nicht der richtige Moment», sagt Ständerat Bischof. Immerhin habe sich das Stimmvolk nicht dazu geäussert.

«Löhne sinken nicht zwingend»

Reiner Eichenberger, das Volk hat ein deutliches Verdikt gegen die Abzockerei gefällt. Wie beurteilen Sie das Resultat?

Reiner Eichenberger: Es gilt festzuhalten, dass wir nicht über die Löhne abgestimmt haben. Sondern wir haben darüber abgestimmt, dass die Löhne verbindlich von den Aktionären genehmigt werden müssen. Ob die Löhne nun sinken oder gar steigen, steht in den Sternen.

Wieso das?

Eichenberger: Es könnte auch sein, dass die Manager sich nun erst recht hohe Löhne auszahlen, weil die Vergütungen von den Aktionären abgesegnet werden und sie kein schlechtes Gewissen mehr haben müssen. Entscheidend wird sein, wie die Initiative nun umgesetzt wird. Was soll zum Beispiel passieren, wenn die Aktionäre Nein sagen zu einem Vergütungsreglement? Muss dann eine neue GV angesetzt werden?

Grundsätzlich befürworten Sie aber die Stärkung der Aktionärsrechte?

Eichenberger: Ja. Denn die Firmen gehören den Aktionären. Der Staat hat sich nicht in die Lohnfrage einzumischen. Dass die Aktionäre gestärkt werden, ist hingegen liberal und ökonomisch. Zudem ist in der Schweiz fast jeder Arbeitnehmer Aktionär.

Sie meinen durch die Investitionen der Pensionskassen?

Eichenberger: Ja. Das Interessante daran: Pensionskassen sind meist sehr breit investiert. Sie haben also weniger Interesse am Gewinn einer einzelnen Firma als am Wohl der Gesamtwirtschaft. Ein Trend, der auch bei privaten Anlegern zu verzeichnen ist.

Das müssen Sie genauer erklären.

Eichenberger: Die vernünftigste Anlagestrategie ist, in möglichst viele Firmen zu investieren. Damit verliert man als Aktionär aber schnell den Überblick. Mein Vorschlag ist deshalb, dass man seine Stimmrechte an Organisationen abtreten kann, die für gewisse Werte einstehen.

Einen Schritt Richtung mehr Demokratie soll ja auch die einjährige Wahl des Verwaltungsrates bringen.

Eichenberger: Ich plädiere dafür, dass die Wirtschaft von der Politik lernt. Es sollen immer mehr Kandidaten für einen Verwaltungsrat kandidieren, als es Sitze gibt. Und Verwaltungsräte müssten transparent machen, für welche Werte sie einstehen.

Zurück zur Minder-Initiative: Droht jetzt eine lange Umsetzungsphase?
Eichenberger: Es liegt jetzt auch an den Initiativgegnern, konstruktive Vorschläge zu machen.

INTERVIEW JAN FLÜCKIGER

* Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg.

«Das ist ein historisches Resultat»

INITIATIVEN Die Abzockerinitiative von Thomas Minder wurde mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 68 Prozent angenommen. Ausnahmslos alle Kantone haben ihr zugestimmt. «Das Resultat hat historische Dimensionen», sagt Politexperte Michael Hermann. Seit 1921 gab es keine solch hohe Zustimmung mehr für eine Initiative (siehe Grafik rechts). Einzig die Initiative für einen arbeitsfreien 1. August hatte eine höhere Zustimmung. Aber diese hatte niemand ernsthaft bekämpft.

Was sind die Gründe dafür? «Es ist sehr viel zusammengekommen», so Hermann. «Die Grundstimmung nach der Finanzkrise und diversen Lohnexzessen. Die Glaubwürdigkeit, weil Minder selbst aus der Wirtschaft kommt. Die eher symbolische Wirkung, was es für die Gegner schwer machte, die Initiative zu bekämpfen. Und zu guter Letzt der Abstimmungskampf selber.» Der Fall Vasella habe sicher auch noch zur Dynamik beigetragen, aber schon vorher habe der Wirtschaftsverband Economiesuisse mit seinem Engagement und diversen Fettnäpfchen – wie etwa dem schliesslich nicht ausgestrahlten Film von Regisseur Michael Steiner – grosse Angriffsflächen geboten. «Ein diskreteres Auftreten wäre hier wohl vorteilhafter gewesen.»

Typisch schweizerisch

Hermann sieht den Erfolg aber auch in der schweizerischen Mentalität begründet. «Der Schweizer ist allergisch

auf solche Lohnexzesse.» Man sei hierzulande sehr darauf bedacht, dass die Unterschiede nicht zu gross seien. Man lege Wert auf einen starken Mittelstand, und auch Bundesräte und Unternehmensführer müssten sich bescheiden geben.

«Begehrlichkeiten sind geweckt»

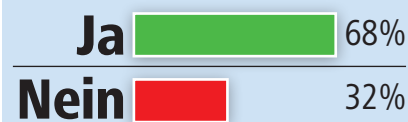
Was die konkrete Umsetzung der Initiative anbelangt, müsse Thomas Minder hingegen aufpassen, dass er nicht zum «unfreiwilligen Helfer» der Linken werde. «Die Begehrlichkeiten sind jetzt natürlich geweckt», so Hermann. Die grosse Siegerin dieser Abstimmung sei die Linke. Das Parlament werde sich zudem von der deutlichen Stimmung im Volk beeinflussen lassen. Es könne gut sein, dass Forderungen wie eine Bonussteuer, die Initiant Thomas Minder selber ablehnt, plötzlich mehrheitsfähig würden. Die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative zeige ja, dass den Initianten selber bei der gesetzlichen Umsetzung oft die Hände gebunden seien. «Die Linken werden versuchen, ihr eigenes Züglein zu fahren.»

Mit der Abzockerinitiative sind seit 2004 insgesamt sieben Volksbegehren von Volk und Ständen angenommen worden. Davon stammen nicht weniger als vier von Absendern, die sich mit ihren Anliegen vom politischen Establishment ausgegrenzt fühlen.

JAN FLÜCKIGER
jan.flueckiger@luzernerzeitung.ch

Abzocker-Initiative

Stimmbeteiligung: 46 Prozent



Die erfolgreichsten Initiativen

(Anteil Ja-Stimmen)

83,8%

1.-August-Initiative

26. September 1993

71,4%

Staatsvertragsreferendum

30. Januar 1921

67,9%

Abzockerinitiative

3. März 2013

66,8%

Proporzwahl des Nationalrates

13. Oktober 1918

63,5%

Für ein Absinthverbot

5. Juli 1908

Quelle: admin / Grafik: Oliver Marx